

DES VOLKSVEREINS FÜR DAS KATH. DEUTSCHLAND BIBLIOTHEK

Jan 9 1932

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Kahenbrach, Düsseldorf, Klarastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Verlags-Ges. von Jansen, Krefeld, Luisen-Str. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.-

Nummer 1

Düsseldorf, den 9. Januar 1932

Verbandort Krefeld

Jahreswende - Schicksalswende!

Fast ein schlimmes Notjahr ging zu Ende. Wie von einem unheilvollen Naturereignis betroffen, wankte die ganze Weltwirtschaft in ihren Grundfesten. Lawinenartig stürzten Grundstoffpreise und Wertpapierkurse. Zusammenstürzte ungezählter Unternehmungen in Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel und Finanz aller Länder waren Folgen dieses Wirtschaftslebens. Keine Betriebsgröße blieb verschont. Aktienkonzerne brachen zusammen wie Kartenhäuser im Windstoß. Stürzende Großbanken begaben unter ihren Trümmern hunderte Unternehmungen, vernichteten tausende selbständige Existenzen, verdrängten die Arbeitsplätze und damit die Existenzgrundlagen ungezählter Arbeitnehmerfamilien. Bestehende Zerrüttung der öffentlichen Finanzen brachte Gemeinden und Staaten an den Rand des

Schwarzen Gold- und Diamantengraber in Südafrika wird alles erfaßt, wird jeder von dem Wirtschaftssterben bedroht. Vielleicht kann erst diese gemeinsame Sorge und Not, das gemeinsame Bangen um die Zukunft jeder Existenz Deutschland und der Welt die Rettung bringen. Als die Vertreter der Ententestaaten 1917 in London planten, wie man nach Beendigung des blutigen Ringens den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland am wirkungsvollsten weiterführen und die deutsche Wirtschaft am leichtesten vernichten könne, und als man diese Vernichtungspläne durch das Schanddiiktat von Versailles zu verwirklichen suchte, hat man nicht bedacht, wie sich dieser völkerverderbende Wahnsinn rächen könnte. Raslos stand man zunächst vor dem drohenden Unheil. In Hoffnungs-

herauszupressen, die gar nicht aufzubringen sind. Trotz dieser Einsicht hält Frankreich fest an seinen unfinnigen Forderungen und den anderen Staatsmännern fehlt der Mut, mit fester Entschlossenheit dem völkerverderbenden Wahnsinn der Kriegsschulden ein Ende zu machen.

Ein drittes Beispiel. Als eine der Hauptursachen des Weltkrieges hat man überall das Betrüben erkannt. Zwölf Millionen Tote, zwölf Millionen Verbundene und Verletzte, viele Millionen Witwen und Waisen, achtzig Milliarden Goldmark, gar nicht zu zählen und nicht zu ermessen all die anderen furchtbaren Leiden und Höfen: das war die böse Frucht der schlimmen Saat. Künftigungsabbau fordert das Versailleser Diktat, fordert der Völkerbundspakt. Was ist daraus geworden? Die Besiegten wurden zu weitgehender Abrüstung gezwungen. Die Siegerstaaten trieben den Rüstungswahn weiter. 1914 gaben die Staaten Europas jährlich 9 Milliarden Goldmark für den Unterhalt ihrer Militärmacht aus, heute 17 Milliarden, obgleich fast alle Länder unter dem Druck der Steuerlast schwer leiden.

Ergebnis: trotz klarer Erkenntnis geht man falsche Wege, die ins Verderben führen. Weil nicht das Wohl der Menschheit, sondern Eigennutz und unbegrenztes Machtstreben leitende Faktoren der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise sind. Wenn wir als christliche Gewerkschafter diese Erkenntnis und Wahrheit aussprechen, beschuldigt uns die Unternehmerpresse kommunistischer Denkwiese. Lassen wir deshalb lieber Autoritäten der christlichen Kirchen reden, die — wie auch wir — schärfste

Wuchernde Goldbestände häufen sich in den Bankergewölben Frankreichs und der Vereinigten Staaten Nordamerikas aber auch in Holland und der Schweiz. Die zur Verfrachtung der Weltwirtschaft notwendige Gold- und Geldbewegung ist teils künstlich abgebrochen, teils in falsche Kanäle geleitet. Währungszerfall und Abschwächung der einzelnen Volkswirtschaften unterbinden den notwendigen internationalen Güteraustausch immer mehr. Starker Lohndruck und überspannte Preise schwächen die Kaufkraft der Massen, behindern den notwendigen Absatz, hemmen die Produktion, steigern Arbeitslosigkeit und Not.

Reichtum - bittere Not

geminde Vermehrungen in allen Ländern. Die Zahl der Selbstmorde steigt erschreckend. Das „Jahrhundert des Kindes“ wird zum Jahrhundert des größten Kindermordes aller Zeiten. Der erschreckend wachsende Geburtenrückgang gefährdet die deutsche Nation weit mehr als Weltkrieg und Seuchen. Ueberfluß an allen Rohstoffen, glänzende Ergebnisse mühevoller Forschungen, hochentwickelte Wirtschaftstechnik, ein glänzend ausgebaute Wirtschaftsapparat, Ueberfluß an leistungstüchtigen, schaffenswilligen Arbeitskräften könnten hochgepaante Anforderungen an alle gesunden Wirtschaftsbedürfnisse leicht befriedigen. — Mangel an gesundem, ausreichendem Wohnraum, an Hausrat, Kleidung und sonst zum angemessenen Lebensunterhalt Notwendigem bei den breiten Verbrauchergruppen. Das letzte Jahrzehnt brachte einen Wett-eifer der Länder im Ausbau leistungsfähiger Verkehrsmittel zu Lande, zu Wasser und in der Luft; es rühten die entferntesten Plätze der Rohstoffgewinnung, der Verarbeitung und des Verbrauchs immer näher aneinander. — Steigende Stöckung des Güteraus-tausches, Häufung der Bestände in den Erzeugergebieten, ungedeckter Bedarf an Verbrauchsgütern, brachliegende Verkehrsmittel.

So sind die starken Reichtumsquellen verstopft. Die Möglichkeiten aus dem von Gott gegebenen reichen Ueberfluß dieser Quellen zu schöpfen und alle gesunden Wirtschafts- und Kulturbedürfnisse reichlich zu befriedigen sind unterbunden. Anstatt der leicht möglichen Reichtumsvermehrung sieht sich die Menschheit betrogen um Kulturwerte, auf die sie Anspruch hat, erlebt die fortschreitende Steigerung von Gorge, Armut und Not. Wer kann, wer wolle, wer darf das ruhig hinnehmen und tragen?

Stat. Ordnung - mutwillige Zerstörung

Wirtschaftsordnung? — Wirris, Zerfall, drohendes Chaos! Statt die Kräfte anzuspannen zu wiederaufbauender Hilfe, sehen wir den mühen Kampf der Interessengruppen, der Klassen, der Parteien, der Rassen, der Länder gegeneinander. Wie bei der Sintflut strebt jeder nach der rettenden Planke und stößt den mit der gleichen Not ringenden Mitmenschen ohne Erbarmen in den verschlingenden Strudel. Fast sollte man meinen, unser Herrgott wolle das Wort wahr machen: „Ich nehme die Erde an ihren Enden und schüttele die Ungerechten herunter!“

Herb der gefährlichen Weltkrise ist Deutschland, ist unser Vaterland. Mit dem von Haß und Wahngewiß diktierten Friedensdiiktat von Versailles wurde der Giftstoff eingeeimpft, der den Wirtschaftskörper der Welt zerfrisst. Wirken sich Finanznot, Wirtschaftsnot, politische und in deren Gefolge seelische Not bei uns auch zunächst am schlimmsten aus, so sehen wir doch die fortschreitenden Erschütterungen der weltwirtschaftlichen Beziehungen bis in die entlegensten Erdteile. Von Hemmerfest bis Kappstadt, vom Walfischfänger im nördlichen Eismeere bis zum

losigkeit und Verzweiflung enden nicht nur darobende Menschen durch Selbstmord, auch angesehenen Wirtschaftsführer, mächtige Leiter großer Banken und Trusts mußten keinen anderen Ausweg als die Revolverknugel. Bei uns in Frankreich, in England, in Amerika.

Verfagen der Führer

Ist es nicht unfassbar, daß die Führer der Wirtschaft, Banken und die Staatsmänner bisher auf ihren vielen internationalen Tagungen keine Verständigungsmöglichkeit fanden über Mittel und Möglichkeiten zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise? Man bedenke: auf der letzten Weltwirtschaftskonferenz, besichtigt von Autoritäten fast aller Völker und Länder der Erde, wurde die „Depression des Welthandels“ und die Arbeitslosigkeit auf die Erhöhung der Zollmauern zurückgeführt und als Mittel zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise der Abbau der Zollpolitik einmütig empfohlen. Was tun die Staatsmänner? Sie schließen ihre Länder durch weitere Erhöhung der Zollmauern, Einfuhrzölle und sonstige Maßnahmen noch weiter ab, unterbinden den Güteraus-tausch noch mehr, verschärfen die Krise, steigern das Heer der Arbeitslosen.

Ein anderes Beispiel: Alle einsichtigen Wirtschaftsführer der Welt und alle Staatsmänner, deren Blick nicht getrübt ist durch Haß und imperialistisches Machtstreben, haben als Hauptursache der Krise den Wahnsinn erkannt, aus dem deutschen Volke Reparationstribute

selbst für den bestbesetzten Willen als unmöglich, die Eigentumsverhältnisse im Sinne der christlichen Prinzipien zu gestalten.

Biel krasser noch beurteilt und verurteilt das Rundschreiben Papst Pius XI. vom 15. Mai 1931 das heutige Wirtschaftssystem. Darin heißt es:

„Am auffallendsten ist heute die gerade ungeheure Zusammenballung nicht nur an Kapital, sondern an Macht und wirtschaftlicher Herrschaftsgewalt in den Händen einzelner, die sehr oft gar nicht Eigentümer, sondern Treuhänder oder Verwalter anvertrauten Gutes sind, über das sie mit geradezu unum-schränkter Machtvollkommenheit verfügen.“

Zur Ungeheuerlichkeit wächst diese Vermachtung der Wirtschaft sich aus bei denjenigen, die als Beherrscher und Lenker des Finanzkapitals unbeschränkte Verfügung haben über den Kredit, und seine Verteilung nach ihrem Willen bestimmen. Mit dem Kredit beherrschen sie den Blutkreislauf des ganzen Wirtschaftskörpers; das Lebenselement der Wirtschaft ist derart unter ihrer Faust, daß niemand gegen ihr Geheiß auch nur zu almen wagen kann.

Diese Zusammenballung von Macht, das natürliche Ergebnis einer grundtätig zugehörigen Konkurrenzzeit, die nicht anders als mit dem Ueberleben des Stärkeren, d. i. allzu oft des Gewalttätigeren und Gemeinlosereyen enden kann, ist das Eigentümliche der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung.

Solch gehäufte Macht führt ihrerseits wieder zum Kampf um die Macht, zu einem dreifachen Kampf: zum Kampf um die Macht innerhalb der Wirtschaft selbst; zum Kampf sodann um die Macht über den Staat, der selbst als Machtfaktor in den wirtschaftlichen Interessenkämpfen eingesetzt werden soll; zum



Gemeinschaftsgeist hilft über die Not hinweg!

Preissenkung - unser Schicksal

Falsche Gegenargumente

Auf dem Gebiete der Einkommensenkung, sei es nun beim Lohn oder beim Zins, war es möglich, durch gesetzliche Vorschriften die gewollte Wirkung sofort sicherzustellen. In bezug auf die Preissenkung sind die Rechtsmittel beschränkt. Zwar sieht die Notverordnung vor, daß bisherige Kartellbindungen und Preisabreden nur bestehen bleiben können, wenn die betreffenden Preise seit 1. Juli d. J. um mindestens 10 n. S. gesenkt werden. Das ist ein Druckmittel, das in der Richtung der Preissenkung wirkt; es wird in weiten Bereichen sicher auch zu einer Preissenkung führen. Um die Preissenkung jedoch auch auf den übrigen Warenmärkten zu bewirken, hat die Regierung einen Reichskommissar bestellt, dem die Aufgabe der Preisüberwachung zufällt. Wenn auch durch diese Vorschriften die Regierung ganz deutlich ihren Willen zum Ausdruck bringt, die Preise unverzüglich den gesunkenen Einkommen anzupassen, so bleibt die Preissenkung immer noch im wesentlichen ein Versprechen, während die Einkommensenkinderungen morgen schon reale Wirklichkeit sind. Wird dieses Versprechen der Preissenkung mindestens in dem Umfange der vorgenommenen Einkommensenkürzungen nicht eingelöst, so muß die mit der Notverordnung eingeleitete Wirtschaftspolitik mit einem katastrophalen Fehlschlag enden.

Auf die Preissenkung müssen daher in den kommenden Wochen alle Anstrengungen des deutschen Volkes gerichtet sein. Dabei geht es ohne einige Opfer der Wirtschaftskreise, die Lagerbestände besitzen, nicht ab. Würde mit der Preissenkung gewartet werden, bis die zu den früheren Preisen eingekauften Waren verkauft sind, so wäre eine weitere Schrumpfung der Wirtschaft unvermeidlich. Diese Wirkung ist leicht einzusehen, wenn man bedenkt, daß in den nächsten Wochen schon die große Masse aller Einkommen, die dem Verbrauches gewidmet sind, um 10 bis 15 Prozent geringer sind als heute. Würden aus diesen Einkommen die jetzigen Preise noch bezahlt werden müssen, so müßte der quantitative Warenabfluß sofort um 10 bis 15 v. S. unter das heutige sehr niedrige Niveau sinken. Die Folge wäre, daß die bestehenden Lager langsamer geräumt werden und daß neue Aufträge an die Produzenten noch mehr ausbleiben, wodurch weitere Arbeitslosigkeit und noch größerer Einkommensausfall entstehen müßten. Dieses Herabbeschränken einer noch größeren Wirtschaftskatastrophe durch das Ausbleiben einer entsprechenden Preissenkung wäre ein Verbrechen am deutschen Volke. Darum müssen

alle Kräfte eingesetzt werden, um die Preissenkung zu erzwingen. In einer solchen Lage gibt es kein Unmögliches, ja es dürfen nicht einmal schon erfolgte Preissenkungen als Entschuldigungsgründe für Aufrechterhaltung der jetzigen Preise angenommen werden, weil es gar nicht darauf ankommt, was bisher geschehen ist, sondern nur darauf, was morgen geschehen wird.

Es mag jedem Deutschen, der in den nächsten Wochen in Deutschland kauft, zur Pflicht gemacht werden, auf das Ziel der Preissenkung mit aller Kraft hinzuwirken. Als Wahlspruch soll gelten: Gebt bei allen Einkäufen den Kaufleuten den Vorzug, die Mut und Verantwortungsbewußtsein besitzen, um mit der Preissenkung ernst zu machen. Wer mit der Preissenkung vorangeht, soll und wird vom Publikum mit einem höheren Umsatz belohnt werden. Gewiß wird man für das Zögern mancher Handelskreise Verständnis haben, die versuchen, um das einmalige Opfer der Abschreibung der Warenvorräte im Betrage der Preissenkung herumzukommen. Doch es wird Zeit, solchen ängstlichen Gemütern entgegenzuhalten, daß es sich heute um eine gewollte Wandlung innerhalb unserer Wirtschaftsordnung handelt, die man Deflation zu bezeichnen pflegt, die jedoch in Wahrheit nichts anderes ist als das Gegenteil der Inflation, nämlich eine allgemeine Aufwertung aller nominalen Geldbeträge. Verringert sich daher durch die notwendige Abschreibung ein Warenlager beispielsweise um 15 v. S. dem Geldbetrage nach, so ist dem Kaufmann der frühere Wert dennoch voll erhalten geblieben, weil die verringerte Geldsumme annähernd die gleiche Kaufkraft hat, wie der frühere höhere Geldbetrag, den er zu Erlösen hoffte. Verluste am Werte des Warenlagers infolge der notwendig gewordenen Preissenkung sind daher nur fiktiver Natur; es sind Verluste lediglich an einem nominalen Geldbetrag, der auf erniedrigtem Stande seinen realen Wert, seine Kaufkraft, dennoch behalten hat. Deflation kann zu ähnlichen Wirtschaftskatastrophen führen, wenn die Wirtschaft nicht in der Lage ist, Methoden auszubilden, mit denen man sich einer Verminderung des Geldwertes anpaßt. Zu diesen Methoden gehörte in der Inflation die Kalkulation der Verkaufspreise nach den Preisen, zu denen man künftig die Ware wieder beschaffen konnte. Diese Methode der Kalkulation nach dem „Wiederbeschaffungspreise“ muß auch in die Periode einer Deflation übernommen werden, damit die Deflation nicht zu einer Selbstzerstörung der Wirtschaft wird.

als bisher. Belehrt durch die Vorgänge dieses Jahres ist unsere praktische Mitarbeit bei der Bankenkontrolle notwendig. Wir wollen das Mitbestimmungsrecht bei der Kapitalverteilung, und schließlich streben wir eine kapitalmäßige Beteiligung an den industriellen Unternehmen an. Das ist erforderlich zur gründlichen Kontrolle des Produktionsprozesses. Aus dem Betrieb heraus, von der Produktionsseite her, muß die gewerkschaftliche Lohn- und Sozialpolitik betrieben werden. Es ist weiter die kapitalmäßige Beteiligung an den gewerkschaftlichen Unternehmen der Versorgungswirtschaft anzustreben. Wir haben immer wieder erklärt: wir sind keine Lohnmaschinen! Was mir aber werden müssen, ist eine Bewegung, die von lebensfähigen Maximen getragen - fähig und mäßig ist, neue Kräfte zu mobilisieren, zu begeistern und vorwärts zu treiben, realen und konkreten Zielen entgegen. Das ist was uns bisher gefehlt hat: dieses faßbare, dieses lebensnahe Ziel, das des fanatischen Kampfes und des selbstlosen Opfern wert ist. Nur so gewinnt die Gewerkschaft einen letzten Sinn. Sie wird dieses Ziel erreichen, dann hat sie ihren Zweck erfüllt, oder sie wird es nicht - dann bleibt sie Lohnmaschine, bestenfalls Verein oder Debattierklub.

Das ist die klare Erkenntnis, zu der uns das abgelaufene Jahr verholfen hat. Das neue Jahr wird auf dieser Erkenntnis aufbauen müssen. H. D.

Die deutsche Wirtschaft an der Jahreswende!

Die deutsche Wirtschaft an der Jahreswende! Dem Rückblick und Ausblick haltenden Chronisten will der Griff nur widerwillig folgen. Die trostarme Wanderung durch das tiefe Tal des Niedergangs der heimischen Wirtschaft scheint sich immer noch nicht ihrem Ende zu nähern. Die Unglückschritte der zusammenrückenden wertvoller Industriezweige und der gesamten Landwirtschaft, der Verelendung des schaffenden Mittelstandes und der Gefahren wachsender Massenarbeitslosigkeit will nicht abbrechen.

Die Lage droht sich in Deutschland immer noch weiter zuzuspitzen. Erzeugung und Absatz sind nach den jüngsten Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung anhaltend weiter abwärts gerichtet. Der Ausfluß immer größerer Menschenmassen von jeglicher Arbeit beschleunigt sich. Die industrielle Erzeugung ist seit dem Juli um 8,9 Prozent, die Kapazitätsausnutzung der industriellen Anlagen um 8,3 Prozent gesunken. In der Landwirtschaft ist gegenüber dem Vorjahre mit einer Minderung der Verkaufserlöse um rund 1 Milliarde zu rechnen. Das Volkseinkommen ist für das Jahr 1931 nur auf rund 50-60 Milliarden RM. zu veranschlagen gegenüber 68 bis 70 Milliarden im Jahre 1930; das gesamte Arbeitseinkommen aus Löhnen und Gehältern auf 31 bis 34 Milliarden RM. gegenüber 37 bis 40 Milliarden RM. im Vorjahr und circa 40 bis 44 Milliarden RM. im Jahre 1929.

Auf Grund sinkender Einfuhr und steigender Ausfuhr war der Austauschüberschuss in den letzten Monaten erheblich gestiegen. Im Hinblick aber auf die wachsenden Hemmnisse, die der deutschen Ausfuhr durch währungs- und handelspolitische Maßnahmen im Ausland entstehen, muß, wie die Novemberzahlen bereits erkennen lassen, mit einem starken Rückgang der Ausfuhr gerechnet werden. Jeden Tag kommen neue Meldungen, daß wieder ein Land seine Zölle erhöht und die Einfuhr beschränkt. Alle Staaten in der Welt gehen mehr und mehr dazu über, ihre Wirtschaft auf Selbstversorgung einzustellen. So führen die Engländer die Zölle ein, um in erster Linie ihre Arbeiterbeschäftigung zu können, denn es ist nach Ansicht der Engländer immer noch billiger, auch bei ungünstigen Erzeugungsbedingungen, den eigenen Arbeiter zu beschäftigen, als billigere Auslandswaren einzuführen, um dann die Unterstützung für den Arbeitslosen aufbringen, Kaufkraftminderungen und Steuererhöhlungen zu müssen.

Der neue Vorsitzende des Reichverbandes der deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, hat in diesen Tagen darauf hingewiesen, daß er es als seine besondere Aufgabe ansieht, eine wirtschaftliche Lösung in Deutschland anzustreben, die in gleicher Weise den Ausfuhrnotwendigkeiten der deutschen Industrie wie dem Gesichtspunkt der Erhaltung und Förderung des Binnenmarktes gerecht wird. Die Diskreditierung des deutschen Binnenmarktes begann mit der Anleihepsychologie der Reichsinflationen. Da Anleihen nur auf dem Umwege der Wareneinfuhr ausgenommen werden können, liegt es auf der Hand, daß einer heute mit 23,5 Milliarden angegebenen Auslandsverschuldung eine Wareneinfuhr in gleicher Höhe vorangegangen sein muß. Der aus dieser Verschuldung entstandene Rückzahlungsdruck war die Ursache der am 13. Juli ausgebrochenen offenen Finanzkrise. Sie kann nur überwunden werden, wenn die Auslandsverpflichtungen aus der heimischen Produktion wieder abgedeckt werden können. Daraus ergibt sich das Postulat: Pflege und Stärkung der deutschen Wirtschaft um jeden Preis. Jetzt beginnt sich zu zeigen, wie wichtig die Mahnung ist: wenn irgend möglich, das deutsche Erzeugnis vor jeder euthehrlichen Auslandsware zu bevorzugen. Wir alle müssen uns mit unserem zukunftserschöpfenden Einkommen zwingen, die guten deutschen Erzeugnisse zu kaufen, um wieder Arbeit und Brot zu schaffen!

Winterhilfe wird auf Krisenunterstützung nicht angerechnet

Dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist die Frage vorgelegt worden, ob einmalige oder vorübergehende Zuwendungen an Arbeitslose, insbesondere Spenden im Rahmen der Winterhilfe, bei der Bemessung der Krisenunterstützung als Einnahmen anzurechnen sind. In seiner Antwort auf diese Frage hat der Präsident der Reichsanstalt sich dahin entschieden, daß angesichts der gegenwärtigen außerordentlichen Notzeit keine Bedenken bestehen, solche Zuwendungen unberücksichtigt zu lassen. In einem Rundschreiben sind die Arbeitsämter angewiesen worden, sich im Sinne dieser Antwort zu verhalten.

Staatskapitalismus - ?

Wie Millionen deutscher Volksgenossen sind auf laufende Unterhaltungen der öffentlichen Hand angewiesen. Hunderttausende werktätiger Hände können keine Arbeit leisten. Wie sich diese jahrelange Erwerbslosigkeit körperlich und seelisch auswirken wird, das läßt sich jetzt auch nicht andeutungsweise sagen. Ganz sicher aber ist, daß wertvolle brachliegende Arbeitskräfte zerrütten und daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille immer mehr einschrumpfen. Dieses Heer von Arbeitslosen kommt als Arbeitnehmer auf dem deutschen Markt überhaupt nicht oder nur zu einem winzigen Bruchteil in Frage. Hier ist die Kaufkraft radikal zerstört worden. Bei dem Teil der Arbeiterschaft, die das Glück hat, noch arbeiten zu können, macht der Kaufkraftschwund ganz bedenkliche Fortschritte. Die nominale Lohnhöhe ist kein absoluter Wertmesser für die Kaufkraftstärke. Man übersieht in gewissen Kreisen immer noch, daß zwischen diesem absoluten Lohnaufkommen und den gesamten Lebenshaltungskosten eine Beziehung, eine Relation besteht. Das Verhältnis beider Faktoren zueinander ist immer zu Ungunsten der Arbeiterschaft ausgefallen. Die Nettoeinnahme, d. h. der Betrag, der nach Abzug aller lebensnotwendigen Ausgaben für besondere Zwecke und Rücklagen verbleibt, ist mit jeder Lohnkürzung geringer geworden. Heute ist es so, daß in vielen Fällen das effektive Lohnaufkommen nicht einmal zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten ausreicht. Was folgt aber aus dieser Tatsache? Es fallen immer größere Massen von Konsumenten als Käufer auf dem Binnenmarkt aus. Das führt notwendig zu einer weiteren Einschränkung der Produktion, da relativ wenig Betriebe das Kaufbedürfnis befriedigen können. Weitere Betriebe legen still, es werden noch mehr Arbeiter entlassen. Die Schaffenden werden zu weiteren Abgaben herangezogen, denn irgendwoher müssen die Mittel genommen werden, um die Arbeitslosen durchzuhalten.

Das ist Jahre hindurch der Kreislauf der Dinge gewesen. Erst durch einen rigorosen Staatseingriff ist der Versuch zu einer Verringerung jener Relation gemacht worden. Das ist der Zweck der letzten Reichsnotverordnung: Senkung des Nominallohnes und gleichzeitige Senkung der gesamten Lebenshaltungskosten. Diese diktatorische Lohnkürzung ist so einschneidend, daß sie nur unter der Bedingung tragbar und zu verantworten ist, wenn das gesamte Preisniveau in stärkerem Umfange gesenkt wird als die Löhne. Es wird unsere Aufgabe sein, in den nächsten Wochen die Entwicklung hierauf genau zu verfolgen. Von den verantwortlichen Stellen erwarten wir, daß sie die Lasten gerecht verteilen. Nach unseren bisherigen Erfahrungen haben wir nicht die Hoffnung, daß Industrie und Handel diese berechnete Forderung der Arbeitnehmer unterstützen. Es bleibt demnach nur die Reichsregierung, die aus lebenswichtigen Gründen, deren Erkenntnis wir uns durchaus nicht verschließen, sich selbst mit der ganzen Schwere der Verantwortung belastet hat.

Die der Industrie und ihrer parlamentarisch-politischen Vertretung nahestehende Presse hat sich über den letzten Staatseingriff in das Wirtschaftsleben pflichtgemäß ausgeäuert. Man redete und schrieb sehr viel vom „Staatskapitalismus“, der jetzt begonnen habe, den Privatkapitalismus abzulösen. Davon freilich redet man nicht, daß der Privatkapitalismus selber sich in Nichts auflöst und seine schöpferische Unfähigkeit der Kaufkraft

den Mittel an geradezu furchtbaren Beispielen nachgewiesen hat. Es geht nicht an, daß Reich und Staat nur dann eingreifen sollen, wenn saniert und gestützt werden soll, wenn also mit allgemeinen Steuermitteln Fehler der Privatwirtschaft gutgemacht werden müssen. Wenn das aus nationalen Gründen geschehen ist, fordert dann nicht der gesunde Menschenverstand mit Recht, daß aus den gleichen nationalen Gründen ein Eingriff in das Wirtschaftsleben erfolgt, wenn die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes auf dem Spiele stehen? Wir befürworten diese Art Staatskapitalismus keineswegs bedingungslos. Wir glauben vielmehr auch heute noch, daß das Reich auf die schöpferischen Kräfte der Arbeiterschaft ebensowenig verzichten kann wie auf die der Unternehmer. Das wird bei geordneten Verhältnissen auch die Regel sein. Aber wir haben keine geordneten Verhältnisse, wirtschaftlich nicht, politisch nicht, international nicht. Und deshalb ist der Ausnahmezustand, den die Regierung über die deutsche Wirtschaft verhängt hat, begründet und berechtigt. De.

Die evangelischen Arbeitervereine zur Lage

Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands nahm anlässlich einer Tagung in Berlin zu den schwebenden Fragen Stellung. In einer Erklärung, die u. a. dem Reichskanzler überhandt worden ist, heißt es:

Wir bedauern, daß die furchtbare Krisennot noch immer nicht zu einer grundlegenden Einsicht und Einkehr geführt hat, die notwendig ist. Die Marxisten wissen nichts Besseres zu tun, als über den „Zusammenbruch des Kapitalismus“ zu jubeln. Auf der Unternehmerseite kommt man nicht los von der etymologisch anmerkwürdigen Taktik, alle Schuld und alle Konsequenzen aus der Lage der anderen Seite zuzuschreiben. Wir halten solchen Streit für überflüssig, da er gänzlich unfruchtbar ist und auch nicht einer unserer darbenenden Volksgenossen davon befriedigt wird.

Wir erklären uns mit aller Schärfe gegen die Bestrebungen, in erster Linie und fast ausschließlich von der Lohn- und Gehaltsseite her die Produktionskosten zu senken. Wir warnen nachdrücklich davor, den bisherigen Weg weiter zu beschreiten, wenn nicht gleichzeitig, ja in erhöhtem Maße bei der Preissenkung (bei den Syndikaten, den öffentlichen Tarifen, Zinsen usw.) Hemmnungen beseitigt werden.

Wir erwarten, daß der jetzige Notwinter uns als Gesamtvolk in größter Geschlossenheit und im Füreinandersehen findet. Nur auf der Grundlage eines sozialgerechten Ausgleichs, einer ehrlichen, wirklichen Volksgemeinschaft ist zugleich auch die außenpolitische Befreiung, die jetzt in ein entscheidendes Stadium eingetreten ist, zu erreichen. Wir sind gewiß, daß jede Reichsführung das deutsche Volk in dieser Lebensfrage geschlossen hinter sich hat, wenn sie Berechtigung im Innern schafft und Festigkeit nach außen betätigt und dabei jede neue außenpolitische Verpflichtung und Bindung um Augenblickslösungen willen ablehnt.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, gerade in der Notzeit, die auch eine Zeit der Bemühen ist, die Treue zu Staat und Land zu bewahren, Opferung zu betätigen und aktiv und verbündet dafür einzutreten, daß die Erkenntnis immer mehr wächst, daß Heil und Friede unseres Volkes nur aus einer neuen Gestaltung aus dem Geiste des Evangeliums kommen kann.

Wirtschaftspolitik und Wirklichkeit.

Sah ich da kürzlich in einer süddeutschen Großstadt in einem Kaffeehaus. Am gegenüberliegenden Tisch führten drei Herren eine überlaute Debatte, die ohne weiteres zwang, hinzuhören, da die Lautstärke der Unterhaltung ein Zeitunglesen unmöglich machte.

kein Haar besser ist als der andere. Mit rücksichtsloser Brutalität entzieht man den schaffenden Kräften, also den Vätern, das Notdürftigste zum Leben. Pfui Teufel über eine solche Besinnungsverrückung!

Verhängnisvoller Irrtum! Die Saat, die von den Unternehmern ausgestreut wird, wird eine Ernte ergeben, die von ihnen nicht verdaut werden kann.



Die Festansprache hielt Kollege Rieger. Er verstand es trefflich, die Weihnachtsbotschaft „Ghre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen auf Erden“ mit der heutigen Zeit in Verbindung zu bringen.

Die Ortsgruppe hatte auch in diesem Jahre ihren erwerbslosen Mitgliedern wieder eine kleine Weihnachtsfeier vorbereitet; sie beschenkte 27 Personen (im Vorjahre 7) mit Schmeinefleisch, Weizenmehl, Kakao und einem Quetschen auf Brot.

Achtung! Ortsgruppenvorstände! Achtung!

Um das verbend mickende Aushängen des Verbandsorgans in Vereinshäusern, Wirtschaften, bei Festen usw. zu erleichtern, können von der Hauptgeschäftsstelle

Sterbetafel

- Paul Schmedler, Guben, 55 J. — Mathilde Rosenberger, Reu-Balg, Forstheim, 78 J. — Josef Preis, Delmerhorst, 60 J.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Jahreswende — Schicksalswende? — Ende oder Wandel? 1931 — 1932.

Schriftleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Florastraße 7.

Wirtschaft macht keine Klassen

Das ist schon so eine Sache mit dem „sich selber vertreten“. Wenn's drauf ankommt, steht du doch ohne Verband macht- und hilflos da.

eine geschlossene Arbeiterschaft in unserm Verband!

Und ihr organisierten Arbeiter, stellt eure politischen und sonstigen gegeneinanderstehenden Anschauungen mal beiseite und wehrt in geschlossener Front die Arbeitgeberangriffe ab.

Und ihr organisierten Arbeiter, stellt eure politischen und sonstigen gegeneinanderstehenden Anschauungen mal beiseite und wehrt in geschlossener Front die Arbeitgeberangriffe ab.

Berichte aus den Ortsgruppen

Nachdem eine schöne, erhebende Weihnachtsfeier veranstaltet unsere Ortsgruppe im festlich geschmückten Saale des „Prospekten“ die Wirksamkeit der „Kampfkassen“ Herr und Frau Müller, hatten sich alle Mühe gegeben, die große Gastliste recht reichhaltig auszufüllen.

Miteinander — füreinander!

Wer außerhalb der Lohnbewegungen lebend das Gebaren der Arbeitgeber verfolgt, der mag sich die Frage vorlegen: Sind unsere Arbeitgeber denn von allen guten Geistern verlassen?

Zu herabgesetzten Preisen! Beste höchstmögliche Bettfedern. Kar reine, edelste, gut füllende Qualitäten!

Der Deutsche Gewerkschaftler ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers

Sächsische Bettfedern. Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 103. Ferner prima Bett-Intert. Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste unsonst und portofrei!